

Deutschland, nichtsdestoweniger ist es klar, daß der Schritt Hoffmanns geeignet war, in Wirklichkeit einen Separatfrieden herbeizuführen und so notwendig von den Ententestaaten schlecht aufgenommen werden mußte. Die Schweiz mußte dadurch in eine schiefe Lage geraten, indem die Rolle, zu der sie berufen sein wird, sobald die Umstände erlauben werden, sich mit Nutzen zugunsten des Friedens zu verwenden, von vornherein verdächtigt wurde. Bundesrat Ador sprach zum Schlusse den Wunsch nach einem dauerhaften, auf den ewigen Grundsätzen der Gerechtigkeit, des Rechts und der Freiheit gegründeten Frieden aus. (Beifall.)

In Beantwortung einer Anfrage über die Haltung des Bundesrates zur Bapstnote erklärte Bundesrat Ador weiter, daß der Bundesrat den hohen Gefühlen, die die Note zum Ausdruck brachte, Beifall spendet, zumal sie Forderungen enthalte, denen die schweizerische Regierung völlig beistimme, wie z. B. Abrüstung, obligatorisches Schiedsgericht, Völkerbund und Vorherrschaft der moralischen Kräfte über die materiellen Kräfte. Der Schritt der ersten moralischen Autorität der Welt verdiene die volle Sympathie der Schweiz.

Parlamentarisches.

Die Budgetdebatte.

Die erste Lesung des Budgets im Abgeordnetenhaus geht ihrem Ende zu und es ist bereits in groben Umrissen die Scheidung für und gegen die Regierung zu bemerken. Es ergibt sich dabei vorläufig eine Mehrheit gegen das Budget, die gestern im Budgetausschusse bei der unpassendsten Gelegenheit ihre Kraftprobe bestanden hat. Gegen das Budget haben sich bisher erklärt die Rechner aller tschechischen Parteien, auch die tschechischen Sozialdemokraten, die Südslaven, die Ukrainer, von denen nur die Bukowinaer für das Budget eintreten werden; ebenso sind die Italiener getrennt, da die Südtiroler gegen die Friauler wahrscheinlich für die Regierung stimmen werden. Der Polenklub hat nach einem Auszuge der Konservativen einstimmig die Opposition beschlossen, so lange nicht die galizischen Landespostulate erfüllt sind; es dürfte daher den Konservativen nur durch Abwesenheit möglich sein, ihre gegenteilige Haltung bei der Abstimmung auszudrücken, falls bis dahin sich nicht doch ein anderes Verhältnis des Klubs zur Regierung ergeben sollte. Ungewiß ist noch die Haltung der deutschen Sozialdemokraten, bei denen doch gewisse Bedenken dagegen zu bestehen scheinen, die eben erst vom Ministerpräsidenten aufgezeigten sozialen Arbeiten des Parlaments durch Verweigerung der Staatsnotwendigkeiten zu begraben. Die Christlichsozialen und der Nationalverband haben sich freie Hand gegenüber der Regierung vorbehalten, werden aber dem Staate heute weniger denn im Frieden die Mittel zum Leben verweigern. Die Regierung ist bisher noch nicht in Verhandlungen mit den Parteien eingetreten, um diesen offenkundigen Mangel einer Mehrheit für das Budget zu beheben. Es stehen ihr noch etwa drei Wochen zur Verfügung, da bis zur Abstimmung im Budgetausschusse die Lage geklärt sein muß und das Budgetprovisorium Ende Oktober erneuert werden muß. Diese Notwendigkeit der Klärung ergibt sich zugleich auch aus den Ausfällen, die in den letzten Tagen gegen die Existenz des Staates verübt worden sind und denen die Regierung durch Schaffung einer Mehrheit den wirksamsten Damm entgegenstellen könnte. Ob diese Mehrheit heute angeworben werden kann, wird allerdings in den Abgeordnetenkreisen vielfach bezweifelt und es ergab sich daraus die Meinung, daß die Regierung für die Budgetabstimmung keinen Handel eingehen, sondern das Haus durch die Haltung gegenüber den Staatsnotwendigkeiten über seine eigene Existenz entscheiden lassen sollte. Nichtsdestoweniger ist auch hierfür die Voraussetzung, daß die Regierung sich um die Ueberbrückung der Gegensätze bemüht hat. Die Regierung hat hierbei am meisten noch bei den deutschen Sozialdemokraten und bei den Polen Aussicht auf ein Gelingen. Der Vorbereitung dieser Verhandlungen, deren Dringlichkeit die gestrige Abstimmung im Budgetausschusse bewiesen hat, galt auch der gestrige und heutige Ministerrat; über das Ergebnis dieser ausführlichen Beratungen dürfte, wie verlautet, der Ministerpräsident bereits dem Kaiser Unterbreitungen machen.

Die kritische Lage des Parlaments wurde heute in den Wandelgängen des Hauses von allen Seiten besprochen. Sie kam auch in der Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes zum Ausdruck, dessen Obmann Abg. Döbernick heute Abend eine längere Besprechung mit dem Ministerpräsidenten hatte.

Im übrigen war das Haus heute sehr schwach besucht. Die Debatte im Sitzungssaale beherrschte anfänglich die Wechselrede zwischen Deutschböhmern und Tschechen, hierauf sprachen die Italiener und die Südslaven gegen die Regierung. Von selten der Christlichsozialen vertraten die Abgeordneten Grimm und Wagner die Interessen der Landwirtschaft.

Es folgt die Fortsetzung des Sitzungsberichtes in der Nachmittagsausgabe:

Die Vorgänge in Böhmen.

Abg. Hartl (D. Natv.) sagt, der Ministerpräsident erkenne entweder die Gefahren nicht, die in gewissen innerpolitischen Vorgängen liegen, oder er vermöge die nötige Festigkeit zur Bekämpfung dieser Vorgänge nicht aufzubringen. Wenn ihm das nicht genüge, was sich im Hause abspiele, dann lasse er sich einen wahrheitsgetreuen Bericht über das erstatten, was